



Zahl: 004-1/2010/Ko

Wilhelmsburg, 16.12.2010

Betrifft: 8. Gemeinderatssitzung des Jahres 2010

## **Protokoll**

über die Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, dem 16.12.2010, im Gasthaus Franzl (Extrazimmer), Bahnhofstraße 27.

Sitzungsbeginn: 18.00 Uhr

Ende: 20.45 Uhr

### Anwesende:

Bürgermeister Mag. Herbert Choholka als Vorsitzender  
Vizebürgermeister Rudolf Ameisbichler

### Stadträte:

Markus Berger, Christine Choholka, Norbert Damböck, Walter Schmid

### Gemeinderäte:

Johanna Berger, Bernhard Billensteiner, Thomas Fischer, Günther Hieß, Karl Lanzenbacher, Gerald Manhart, Herbert Müllner, Eva Prischl, Thomas Weissenböck, Willibald Wltschek, Christian Brödl, Johann Grassmann, Margarete Hirn, Markus Holzer, Mag. Wilhelm Schreiber, Michaela Waxenegger, Alfred Zauner, Herbert Ruprechter, Helmut Weininger, Samir Kesetovic

Entschuldigt: STR Andreas Fertner, GR Robert Gabath, GR Christian Brenner erscheint um 18.15 Uhr und nimmt ab TOP 1 an der Sitzung teil.

Schriftführer: Stadtamtsdirektor Reinhard KotheK

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka begrüßt als Vorsitzender die Damen und Herren des Gemeinderates.

Zur Sitzung des Gemeinderates wurde ordnungsgemäß unter Anschluss der Tagesordnung eingeladen.

Gemäß § 46 Abs. 1 NÖ GO 1973 liegt ein Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung vor (Beilage 1) - Stellungnahme zur Niederschrift über die unvermutete Sitzung des Prüfungsausschusses vom 06.12.2010. Die Behandlung dieses Antrages wird unter TOP 12a in die Tagesordnung aufgenommen. Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka erklärt zum gegenständlichen Antrag, dass die Stellungnahme zur Sitzung des Prüfungsausschusses auch ohne diesen Antrag in die Tagesordnung aufgenommen worden wäre. Die Ursache dafür, dass der Punkt „Stellungnahme zur Niederschrift über die

unvermutete Sitzung des Prüfungsausschusses vom 06.12.2010“ nicht in die Tagesordnung zur 8. Gemeinderatssitzung aufgenommen werden konnte liegt in der Tatsache, dass das Protokoll der Sitzung des Prüfungsausschusses erst nach Erstellung der Tagesordnung vorgelegen hat.

Zur vorliegenden Tagesordnung wird weiters gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 ein Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Die Grünen – GR Samir Kesetovic

- Soziale Ungerechtigkeit in der neuen Müllgebührenordnung – Beschlussfassung einer Resolution der Stadtgemeinde Wilhelmsburg an den Gemeindeverband für Umweltschutz und Abgabeneinhebung im Bezirk St. Pölten

Dieser Dringlichkeitsantrag (Beilage 2) wird einstimmig unter dem Tagesordnungspunkt 24 in die Tagesordnung aufgenommen.

Die Tagesordnungspunkte 3, 4 und 6 werden vom Bürgermeister gemäß § 47 Abs. 3 NÖ GO 1973 in nichtöffentliche Sitzung verwiesen.

### **Berichterstatter und Antragsteller Bürgermeister Mag. Herbert Choholka**

1.) Ko;

Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Bürgermeister Mag. Herbert Choholka stellt die Beschlussfähigkeit gem. § 48 Abs. 1 NÖ GO 1973 fest. Der Gemeinderat zählt 29 Mitglieder, anwesend sind zum Zeitpunkt des Eingangs in die Tagesordnung 27.

2.) Ko;

Entscheidung über Einwendungen gegen die Verhandlungsschrift (Sitzungsprotokoll) der letzten Sitzung vom 10.11.2010.

Auf die Verlesung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 10.11.2010 wird einstimmig verzichtet, gegen den Inhalt des Sitzungsprotokolls liegt eine schriftliche Einwendung von Herrn GR Mag. Wilhelm Schreiber für die ÖVP-Fraktion vor.

In dieser Einwendung werden Änderungen des Wortlautes zum Tagesordnungspunkt 9 gefordert.

Im Rahmen der durchgeführten Abstimmung wird der Abänderung des Sitzungsprotokolls zu 1) und 3) einstimmig zugestimmt. Die beantragte Änderung zu 2) wird mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ abgelehnt.

Die angenommenen Abänderungen liegen diesem Protokoll als Beilage 3 bei, die Protokolländerungen werden vorgenommen.

3.) nichtöffentlicher Sitzungsteil;

4.) nichtöffentlicher Sitzungsteil;

5.) PZ.: 3729/10/Hö;

Verordnungsbeschlüsse im Abgabewesen (Lustbarkeitsabgabe, Gebrauchsabgabe).

### **Lustbarkeitsabgabe**

- Aufhebung des NÖ Lustbarkeitsabgabegesetzes, LGBl. 3703, durch den NÖ Landtag mit 01.01.2011.
- Neubeschluss einer Verordnung über die Erhebung einer Lustbarkeitsabgabe mit Inkrafttreten 01.01.2011.

Grundlage: Bundesgesetzliche Ermächtigung für die Gemeinden durch die Bestimmungen des FAG 2008.

- Gleichzeitige Aufhebung der bestehenden Verordnung vom 17.12.1992 basierend auf dem per 01.01.2011 auslaufenden NÖ Lustbarkeitsabgabegesetz – die erlassene Verordnung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Wilhelmsburg tritt somit per 01.01.2011 außer Kraft.

Der Bürgermeister berichtet über den Runderlass des Amtes der NÖ Landesregierung, Gruppe Innere Verwaltung, Abteilung Gemeinden, vom 13.10.2010.

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für den Beschluss der vorliegenden Verordnung über die Erhebung einer Lustbarkeitsabgabe (Beilage 4) mit folgenden Abgabenbefreiungen (§ 3 der Verordnung) für die nachstehend angeführten Veranstaltungen aus:

- Veranstaltungen, deren Ertrag ausschließlich und unmittelbar einem gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zweck (im Sinne der Bundesabgabenordnung) zugeführt wird
- Veranstaltungen, deren Ertrag ausschließlich dem Feuerwehr- und Rettungswesen dient

### **Gebrauchsabgabe**

Neubeschluss einer Verordnung über die Erhebung einer Gebrauchsabgabe mit Inkrafttreten 01.01.2011.

Grundlage: Änderung des NÖ Gebrauchsabgabegesetzes 1973, LGBl. 3700, durch den NÖ Landtag vom 01.07.2010 – wirksam mit 01.01.2011.

Über Antrag des Bürgermeisters spricht sich der Gemeinderat einstimmig für die Beschlussfassung einer Verordnung über die Erhebung der Gebrauchsabgabe (Beilage 5) aus. Die Gebrauchsabgabe ist von allen Gebrauchsarten des Tarifes des NÖ Gebrauchsabgabegesetzes 1973 mit den dort angeführten Höchstsätzen zu entrichten. Abweichend hiervon sollen Vorgärten geregelt werden, für diese wird die Gebrauchsabgabe mit 10 % des im NÖ Gebrauchsabgabegesetz unter Tarifpost 2 vorgesehenen Abgabebetrages festgesetzt.

6.) nichtöffentlicher Sitzungsteil;

7.) Ko, Hö, Se, Bau, Mü;

Dienstpostenplan 2011 – Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka erläutert den Mitgliedern des Gemeinderates den vorliegenden DPPL 2011 mit allen Änderungen gegenüber dem DPPL 2010.

Der DPPL 2011 (Beilage 6) sieht insgesamt 84 Dienstposten vor, diese sind nach Dienstpostennummer, Dienstzweignummer, Beschäftigtenausmaß, Verwendungs-/Entlohnungsgruppe und Funktionsverwendung samt Personalzulagenansprüchen aufgelistet.

Der Gemeinderat stimmt dem DPPL 2011 einstimmig zu, das Einvernehmen mit der Personalvertretung wurde hergestellt und von dieser auch die Zustimmung zum DPPL ohne jegliche Abänderungswünsche erteilt.

8.) Ko, Hö, Se, Bau, Mü;

Beschlussfassung über den Bürgermeister-Entwurf des Voranschlages für das Haushaltsjahr 2011 und Mitbeschluss des mittelfristigen Finanzplanes für die Haushaltsjahre 2012 bis 2014.

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka erläutert eingangs seiner Budgetrede die derzeitigen finanziellen Rahmenbedingungen der Gebietskörperschaften, insbesondere die drastische Verschlechterung der Situation der Gemeinden durch finanzielle Mehrbelastungen insbesondere im Bereich Gesundheit, Soziales und Kinderbetreuung und gleichzeitigem Rückgang des Steueraufkommens aus den Ertragsanteilen des Bundes. Trotz dieser schwierigen Situation konnte für das Haushaltsjahr 2011 der Haushaltsausgleich hergestellt werden. Dies wurde jedoch nur durch drastische Sparmaßnahmen erreicht. Zur allgemeinen Gebührenthematik erläutert der Bürgermeister, dass Gebührenanhebungen für die Herstellung des Haushaltsausgleiches leider unerlässlich seien - ohne Überarbeitung der Gebührenhaushalte sei eine Aufrechterhaltung von freiwilligen Leistungen nicht möglich. Die Gegenüberstellung von Einnahmen aus den Abgabenertragsanteilen und den zu leistenden Transferzahlungen klappe deutlich auseinander, sodass mittelfristig die Gemeinden kaum mehr einen Spielraum für Investitionen haben werden bzw. der Haushaltsausgleich oft nicht mehr hergestellt werden kann. Das Aufkommen der Ertragsanteile für das Jahr 2011 entspreche jenen der Jahre 2007 bzw. 2008, zwischenzeitlich sind aber neben den Transferzahlungen auch entsprechende Erhöhungen im Bereich der Personalkosten, Energie, Versicherung, etc. zu verzeichnen. Als sehr positiv bezeichnet der Bürgermeister die Entwicklung im Bereich des Kommunalsteueraufkommens.

Unter Hinweis auf die zahlreich geführten Vorbesprechungen zur Haushaltserstellung im Rahmen der Sitzungen des Finanzausschusses, auch unter Beiziehung aller Ressortverantwortlichen, sowie der Behandlung in der Sitzung des Stadtrates ersucht der Bürgermeister vor der Abstimmung zum VA 2011 um Wortmeldungen zum vorliegenden Budgetentwurf:

Herr STR Walter Schmid kritisiert eingangs, dass der Tagesordnungspunkt zur Beschlussfassung des VA 2011 vor Tagesordnungspunkten zu beabsichtigten Gebührenerhöhungen behandelt wird.

Zu den Gebührenerhöhungen im Bereich Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung stellt der ÖVP-Klubsprecher fest, dass Überschüsse für entsprechende Instandhaltungsmaßnahmen und die Erneuerung von Altabschnitten zu verwenden sind.

Herr GR Herbert Rupprechter spricht sich vorab grundsätzlich gegen Gebührenerhöhungen aus und erklärt namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs, dass aus diesem Grunde dem VA 2011 nicht die Zustimmung erteilt werde.

Zu dieser Grundhaltung erklärt Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka, dass er im Rahmen von parteipolitischen Gesprächen auch SPÖ-Kollegen von ÖVP-Mehrheitsgemeinden aufgefordert habe, Verständnis für Gebührenmaßnahmen in deren Gemeinden zu zeigen.

Herr GR Samir Kesetovic erklärt im Rahmen seiner Wortmeldung zum Haushaltentwurf, dass der Bürgermeister die Gebührendiskussion eigentlich bereits vorweggenommen hat, er jedoch aufgrund der geplanten Erhöhungen die Zustimmung zum VA 2011 verweigern werde.

Herr Vizebürgermeister Rudolf Ameisbichler richtet an FPÖ und Die Grünen aufgrund deren Haltung zur Gebührenerhöhungen die Anfrage nach alternativen Maßnahmen zur Herstellung des Haushaltsausgleiches.

Herr GR Herbert Rupprechter antwortet hierzu, dass er sich als Einsparungsmaßnahmen z.B. die Einstellung des Betriebes Jugendtreff vorstellen könne.

Herr GR Christian Brenner ergänzt für den FPÖ-Klub, dass bereits im Rahmen von zwei Dringlichkeitsanträgen als Einsparungsmaßnahme die Verringerung der Bezüge für Mandatäre um 8 % gefordert wurde. Weiters könnten auch bei Projekten durch verbesserte Vorbereitung Einsparungen erzielt werden.

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka erklärt zur Aussage der FPÖ-Mandatäre, dass durch die erwähnten Budgetmaßnahmen der Haushaltsausgleich keineswegs erzielt werden könne.

Herr GR Samir Kesetovic verweist darauf, dass die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP die Möglichkeit einer umfassenden Budgetregulierung hätten. Als Einsparungsvorschlag erwähnt Herr GR Samir Kesetovic, das Projekt „Fachmarktzentrum“ - durch entsprechende Sorgfalt bei der vertraglichen Projektausarbeitung hätten große Einsparungen erzielt werden können.

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka entgegnet hierzu, dass die Partei Die Grünen allen FMZ-Vertragsabschlüssen im Gemeinderat ihre Zustimmung erteilt hat.

Herr Vizebürgermeister Rudolf Ameisbichler verweist im Rahmen seiner Budgetbetrachtung auf die Tatsache, dass bereits eine dreistellige Anzahl niederösterreichischer Gemeinden ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen kann. Zur Thematik Jugendtreff weist er darauf hin, dass dieses Projekt massiv von ÖVP und Die Grünen gefordert wurde und er daher nachträgliche Kritik nicht verstehe. Die Errichtung des Fachmarktzentrums bewertet der SPÖ-Klubsprecher als „Jahrhundertchance“ mit entsprechender wirtschaftlicher und verkehrstechnischer Bedeutung.

Zur Wortmeldung von Herrn Vizebürgermeister Rudolf Ameisbichler berichtigt Herr GR Mag. Wilhelm Schreiber, dass das Projekt Jugendtreff nicht von der ÖVP eingefordert, sondern in den Entscheidungsgremien gemeinsam beschlossen wurde.

Im Anschluss an die Darstellung der allgemeinen Finanzsituation und die erfolgten Wortmeldungen stellt der Bürgermeister die geplanten Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsjahres 2011 entsprechend des Haushaltsbeschlusses (Beilage 7) vor:

	Einnahmen	Ausgaben
Ordentlicher Haushalt	€ 8.946.300	8.946.300
Außerordentlicher Haushalt	€ 390.000	390.000
<b>Gesamthaushalt</b>	<b>€ 9.336.300</b>	<b>9.336.300</b>

In der nachfolgenden Abstimmung stimmen alle Mandatare von SPÖ und ÖVP für den VA 2011, FPÖ und Die Grünen stimmen dagegen – der VA 2011 gilt somit als mit Mehrheit beschlossen. Abstimmungsergebnis: 23:4

Es folgt die Darstellung der Kennzahlen der Mittelfristigen Finanzplanung der Haushaltsjahre 2012-2014 (Beilage 8). Der Haushaltsausgleich kann für das Jahr 2012 hergestellt werden, die Haushaltsdaten für die Jahre 2013 und 2014 weisen lt. vorliegender Finanzdaten bereits einen Haushaltsabgang aus.

Dem MFP 2012-2014 wird einstimmig die Zustimmung erteilt.

Wortmeldung:

Herr STR Walter Schmid sieht in seiner Betrachtung der MFP-Situation eine Verbesserung der Finanzsituation der Gemeinden gegenüber den derzeit vorliegenden Haushaltsdaten für die Jahre 2012-2014.

Anmerkung:

Der Entwurf des VA 2011 hat in der Zeit von 17.11.2010 bis 03.12.2010 zur öffentlichen Einsicht aufgelegt. Innerhalb der Auflagefrist wurden keine Stellungnahmen zum Haushaltsentwurf abgegeben.

Zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes beantragt Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka mit dem VA 2011 weitere Beschlussfassungen zur Ausbezahlung der Jahressubventionen an die Freiwillige Feuerwehr, den ASBÖ und die örtlichen Kulturträger zu tätigen:

- Ausbezahlung des Rettungsbeitrages an den ASBÖ Gruppe Wilhelmsburg – der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Gewährung eines Rettungsbeitrages in der Höhe von € 4,80 pro Einwohner für das Jahr 2011 aus. Zusätzlich wird dem ASBÖ eine außerordentliche Subvention in der Höhe von € 27.200,00 gewährt. Die Auszahlungszeitpunkte werden mit 01.04.2011 und 01.11.2011 festgelegt.
- FF Subventionsgewährung – der Freiwilligen Feuerwehr wird entsprechend des VA-Ansatzes 2011 einstimmig eine Subvention in der Höhe von € 3.000,00 gewährt. Die Anweisung der Subvention erfolgt mit 01.01.2011 und 01.06.2011 in zwei gleichen Teilbeträgen.
- Subventionsvergabe an die örtlichen Kulturstätten – für den Kulturverein Schloss Kreisbach, den Verein Wilhelmsburger Arbeiterheim sowie den Verein Wilhelmsburger Geschirrmuseum wird entsprechend des VA-Konzeptes die Gewährung einer Subvention in der Höhe von jeweils € 7.200,00 beantragt.

Dem Kulturverein Schloss Kreisbach und dem Verein Wilhelmsburger Geschirrmuseum werden jeweils einstimmig die beantragten Kultursubventionen gewährt, für die Subventionsvergabe an den Verein Wilhelmsburger Arbeiterheim sprechen sich alle Mandatäre von SPÖ, ÖVP und FPÖ aus, Herr GR Samir Kesetovic - Die Grünen stimmt gegen die Subventionsvergabe.

9.) Ko;

ÖBB-Infrastruktur AG, 1020 Wien, Nordbahnstraße 50 – der Bürgermeister berichtet dem Gremium des Gemeinderates über ein Schreiben der ÖBB-Infrastruktur AG, datiert vom 17.11.2010, worin mitgeteilt wird, dass auf der Bahnstrecke Freiland – Markt St. Aegydt ein anschlussbahnähnlicher Güterverkehr bis 30.06.2011 angeboten wird. Per 01.07.2011 wird dieser Streckenabschnitt entweder einem Anschlussbahnnehmer übertragen oder aber dieser Streckenabschnitt gänzlich eingestellt.

Eine weitere Fristerstreckung ist seitens der ÖBB-Infrastruktur AG nicht vorgesehen.

Zu diesem TOP berichtet der Bürgermeister weiters auch darüber, dass sich die zugesagte Verbesserung der Fahrplansituation (Abstimmung Bahn/Bus im Halbstundentakt) ebenfalls zwischenzeitig zerschlagen hat und der bisherige Fahrplan vorerst bis 04/2011 unverändert fortgeführt wird.

Zur derzeitigen Fahrplansituation wird festgestellt, dass Züge mehrfach in Wilhelmsburg nicht mehr halten, oftmals keine zeitlich abgestimmte Anschlussführung gegeben ist und die Züge vielfach auch überfüllt sind. Die Gesamtsituation wird als sehr unbefriedigend betrachtet.

Zum Mobilitätsprojekt –Bus.Bahn.Bestens – ÖV-Kampagne Traisen-Gölsental – berichtet der Bürgermeister über eine Vereinbarung zwischen der Region Traisen-Gölsental und der ÖBB-Postbus GmbH. zur verstärkten Werbung für den öffentlichen Verkehr. Den Mitgliedsgemeinden erwachsen aus dieser Werbekampagne vorerst keine Kosten.

10.) PZ.: 4135/10/Hö;

BAWAG PSK, OCP, 1018 Wien – dem Antrag des Bürgermeisters um Abänderung der Darlehensverträge vom 12.10.2009 und 15.10.2009, Darlehenskonto-Nummern 00540-027-277 und 00540-027-285 zur Finanzierung der Vorhaben ASK Laufen Fußball (€260.000) und Errichtung des Fachmarktzentums (€ 500.000) wird zugestimmt und einstimmig die Verschiebung des Tilgungsbeginns auf jeweils 31.03.2012 (anstatt 31.03.2011) befürwortet. Durch diese Beschlussfassung verkürzt sich die Tilgungsperiode auf 38 Halbjahresraten anstatt 40 Halbjahresraten. Als Bearbeitungsgebühr werden jeweils einmalig pro Vertragsabänderung € 200,00 verrechnet

Alle übrigen Bedingungen der Darlehensverträge bleiben vollinhaltlich aufrecht.

11.) Ko;

Amtsgebäude – aufgrund des Defektes der bestehenden Telefonanlage beantragt der Bürgermeister den Ankauf einer neuen Telekommunikationslösung, Marke Panasonic, über die Telefon- & Telekommunikation HandelsgesmbH., 1230 Wien, Perfektastraße 11, zum Kaufpreis von € 5.467,80 zuzüglich USt. Der Gesamtpreis beinhaltet Kaufpreis und Installationspauschale.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt, die Bedeckung der außerplanmäßigen Ausgabe erfolgt über Mehreinnahmen aus dem Titel Pensionsbeiträge.

Wortmeldung:

Herr GR Mag. Wilhelm Schreiber stellt die Anfrage nach der Einholung von Vergleichsanboten und kritisiert, dass diesbezüglich nur ein Angebot vorliegt.

12.) Ko;

Beschlussfassung einer Resolution zur Erhaltung der Orthopädie am Landeskrankenhaus St. Pölten. Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka erläutert den Mitgliedern des Gemeinderates die wesentlichen Inhalte des bereits im Originalwortlaut vorliegenden Resolutionsentwurfes (Beilage 9) und spricht sich grundsätzlich für die Beibehaltung der Orthopädie im derzeitigen Standort St. Pölten aus. Zu einer Landeshauptstadt gehöre eine umfassende Gesundheitsversorgung, bei welcher die Orthopädie einen entsprechenden Stellenwert einnehme. Das Einzugsgebiet für Patienten sei ohnehin sehr groß und es gebe bereits am jetzigen Standort entsprechende Wartezeiten für Behandlungen und Operationen.

Wortmeldungen:

Herr STR Walter Schmid verweist darauf, dass lediglich die Orthochirurgie verlegt werden soll, die ambulatorische Behandlung jedoch am Landeskrankenhaus verbleibt. Für die Beschlussfassung der vorliegenden Resolution vermutet der ÖVP-Klubsprecher auch politische Hintergründe - die ÖVP trete landesweit auch für den Erhalt kleinerer Spitäler unter 300 Betten ein, man bemühe sich jedoch die Krankenhäuser im behandlungsspezifischen Bereich neu aufzustellen.

Herr GR Samir Kesetovic begrüßt die Bemühungen zur Belassung der Orthopädie am Standort St. Pölten, die Argumentation des Verbleibes der Ortho-Ambulanz bezeichnet er als „Beschwichtigung“ und verweist überdies auf die Tatsache, dass durch die Verlegung der Orthochirurgie Arbeitsplätze gefährdet sind. In der Verlegung der Orthopädie vom Landeskrankenhaus St. Pölten nach Krems vermutet er politische Hintergründe und verweist auch auf die Möglichkeit der Gründung einer medizinischen UNI-Klinik am Standort Krems.

Es erfolgt die Abstimmung über den vorliegenden Resolutionsentwurf:

SPÖ, FPÖ und Die Grünen stimmen für die Verabschiedung der Resolution, die ÖVP-Mandatäre GR Markus Holzer, GR Johann Grassmann und GR Alfred Zauner enthalten sich der Stimmabgabe, die ÖVP-Mandatäre STR Walter Schmid, GR Margarete Hirn, GR Mag. Wilhelm Schreiber und GR Michaela Waxenegger stimmen gegen den Resolutionsantrag.

Die vorliegende Resolution gilt somit als mit Mehrheit beschlossen.

12a.) Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung;

Stellungnahme (schriftliche Äußerung) des Bürgermeisters gemäß § 82 Abs. 3 NÖ Gemeindeordnung 1973, LGBl. 1000 idgF, zum Protokoll über die unvermutete Sitzung des Prüfungsausschusses vom 06.12.2010:

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka verliest zur Niederschrift über die unvermutete Sitzung des Prüfungsausschusses vom 06.12.2010 (Beilage 10) die schriftliche Stellungnahme des Kassensverwalters und des Bürgermeisters (Beilagen 11 und 12) und ersucht den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses Herrn GR Mag. Wilhelm Schreiber um seinen Bericht:

Herr GR Mag. Wilhelm Schreiber gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass die geprüfte Angelegenheit „Unternehmensgründung“ in der heutigen Sitzung ihren Abschluss findet. Er stellt fest, dass die entsprechende „Hartnäckigkeit“ zu Aufklärungen geführt habe und auch Fehler seitens der SPÖ einge-

standen wurden. Entsprechend des Prüfergebnisses beziffert der Vorsitzende die entstandenen Kosten der beabsichtigten Unternehmensgründung des Stadtdienstes mit letztendlich € 8.000,00.

Allgemein bemängelt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die mangelnde Vorlage von Unterlagen, dies gelte sowohl für das Projekt „Gründung Stadtdienst“ als auch für das Projekt „Kinder- und Jugendbibliothek“.

Diese Feststellung stelle kein Misstrauen gegenüber der Verwaltung dar, Herr GR Mag. Wilhelm Schreiber sieht jedoch Möglichkeiten der Verbesserung um optimale Voraussetzungen für Prüfungen zu erreichen.

Die Prüfungsausschussmitglieder GR Karl Lanzenbacher und GR Gerald Manhart stellen fest, dass den Mitgliedern des Prüfungsausschusses stets alle geforderten Unterlagen vollständig zur Verfügung gestellt wurden.

### **Berichterstatter und Antragsteller GR Alfred Zauner in Vertretung von STR Andreas Fertner**

13.) Se;

Aufhebung der bestehenden Verordnung über die Erhebung von Ortstaxen vom 10.12.2009 bedingt durch das NÖ Tourismusgesetz 2010.

Herr GR Alfred Zauner berichtet dem Gemeinderat über das neue NÖ Tourismusgesetz 2010.

Mit Inkrafttreten des neuen Gesetzes am 01.01.2011 erfolgt eine verpflichtende Einhebung der Nächtigungstaxe und der Interessentenbeiträge unmittelbar aufgrund Landesgesetzgebung, Verordnungen der Gemeinden verlieren ihre Rechtswirksamkeit.

Die Verordnung über die Erhebung von Ortstaxen vom 10.12.2009 bzw. die Verordnung über die Erhebung von Interessentenbeiträgen vom 13.12.2001 entsprechen somit nicht mehr den gesetzlichen Grundlagen und müssen aufgehoben werden.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Aufhebung der Verordnung von Ortstaxen vom 10.12.2009 (Beilage 13).

14.) Se;

Aufhebung der bestehenden Verordnung über die Erhebung von Interessentenbeiträgen vom 13.12.2001 bedingt durch das neue NÖ Tourismusgesetz 2010.

Analog TOP 13.) beschließt der Gemeinderat einstimmig die Aufhebung der Verordnung über die Erhebung von Interessentenbeiträgen vom 13.12.2001 (Beilage 14).

### **Berichterstatter und Antragsteller STR Markus Berger**

15.) Mü;

Neubeschluss einer Wasserabgabenordnung ab 01.01.2011.

Herr STR Markus Berger verweist eingangs seiner Berichterstattung auf die bereits erfolgten Ausführungen des Bürgermeisters hinsichtlich des Erfordernisses der Anpassung von Gebühren.

Im Bereich der städtischen Wasserversorgung stehen unerlässliche Investitionen zur Aufrechterhaltung eines geordneten Betriebes der städtischen Wasserversorgung an. Hierzu zählen insbesondere die erforderliche Erneuerung der Leitzentrale (ca. € 220000,00), Wasserleitungssanierungen im Zuge von Leitungserneuerungen durch die EVN/Mitverlegung bzw. auch erforderliche Personalmaßnahmen - Personalaufstockung, um längst fällige Wartungs- und Instandhaltungsleistungen auch fachgerecht erfüllen zu können.

Für die Finanzierung der Investitionen und Personalmaßnahmen ist daher eine Preisanpassung dringend erforderlich.

Es liegt ein vom Betriebsleiter der Städtischen Wasserversorgung Herrn Ing. Ewald Mühlbauer ausgearbeiteter Betriebsfinanzierungsplan vor, welcher auf die bezeichneten Investitionen Bedacht nimmt. Folgende Wassergebühren wurden hierbei errechnet:

- Einheitssatz – Erhöhung von derzeit € 6,40 auf € 7,30
- Zählerbereitstellungsgebühr – Erhöhung von € 11,55 auf € 17,50
- Wasserbezugsgebühr – Erhöhung von € 1,14 auf € 1,33

Auf Basis des Betriebsfinanzierungsplanes beantragt der Referent die Zustimmung des Gemeinderates zur Erlassung einer neuen Wasserabgabenordnung, diese liegt dem Gemeinderat bereits im Originalwortlaut gemäß Beilage 15 zur Beschlussfassung vor.

Wortmeldung:

Herr GR Johann Grassmann erklärt als Mitglied des Ausschusses für Straßenbau, -erhaltung, Straßenbeleuchtung, Bauhof und Wasserversorgung unter Bedachtnahme auf die erforderlichen anstehenden Investitionen die Zustimmung des ÖVP-Gemeinderatsklubs zur beabsichtigten Gebührenerhöhung und Beschlussfassung der Wasserabgabenordnung.

In der nachfolgenden Abstimmung sprechen sich alle Mandatäre von SPÖ und ÖVP für die Beschlussfassung der Wasserabgabenordnung aus, FPÖ und Die Grünen stimmen gegen die neue Wasserabgabenordnung – diese gilt somit als mit Mehrheit beschlossen.

16.) Bau;

Auflassung von Öffentlichem Gut in der KG Altenburg und der KG Göblasbruck.

Herr STR Markus Berger stellt den Antrag gemäß vorliegendem Teilungsentwurf des Vermessungsbüros DI Paul Thurner, 3100 St. Pölten, Schillerplatz 3, den bestehenden Weg vom Anwesen Johann und Cäcilia Singer in Richtung Hofstetten in das Privateigentum der Familie Singer zu übertragen.

Dieser Weg wird öffentlich nicht genutzt, der Nutzen einer Übergabe in Privateigentum liegt seitens der Stadtgemeinde Wilhelmsburg in der Ersparnis der künftigen Wegeerhaltung.

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die kostenlose Grundstücksabtretung aus.

Der Übergabe in Privateigentum im Bereich Wasenmühle, Eisenbahnkreuzung bis Grundstück Mohnl (Verlegung des Radweges), wird ebenfalls einstimmig zugestimmt.

Die Verfahrenskosten gehen zu Lasten der Stadtgemeinde Wilhelmsburg.

### **Berichterstatter und Antragsteller STR Norbert Damböck**

17.) Ko;

Vergabe der Jahressubventionen für 2010 im Bereich Sport.

Eingangs seiner Berichterstattung zeigt sich Herr STR Norbert Damböck sehr erfreut über die Vielzahl von ortsansässigen Vereinen und die Gesamtzahl von derzeit ca. 3500 Vereinsmitgliedschaften.

Unter Hinweis auf die ausführlichen Beratungen im Rahmen des Sportbeirates und zuständigen Ausschusses beantragt Herr STR Norbert Damböck die Vergabe nachfolgender Sportsubventionen für das Jahr 2010:

Naturfreunde	€ 1.600,00
Tennis UNION	€ 600,00
Turnen UNION	€ 700,00
UNION Fußball	€ 300,00
Alpenverein	€ 800,00
ASKÖ Karate	€ 700,00
ASK Laufen Fußball	€ 2.550,00
ASK Laufen Handball	€ 1.300,00
WSV Whbg.,	€ 900,00
Radclub UNION	€ 750,00
Tennisklub LAUFEN	€ 600,00

Stocksportverein	€ 700,00
ASKÖ Turnen	€ 800,00
Reiterklub Holzerhaus	€ 600,00
4x4 Traisental Geländefahrzeugklub	€ 600,00
	<b>€ 13.500,00</b>

Wortmeldung:

Herr GR Samir Kesetovic stellt die Anfrage, ob als Grundlage für die Vergabe der Sport- und Kultursubventionen auch Jahrestätigkeitsberichte der einzelnen Vereine vorliegen, was Herr STR Norbert Damböck bejaht.

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Vergabe von € 13.500,00 als Sportförderung aus, dem ausgearbeiteten Aufteilungsschlüssel wird ebenfalls die einhellige Zustimmung erteilt.

Zum vorliegenden Tagesordnungspunkt beantragt der Sportreferent weiters die Zuerkennung einer Sondersubvention an den Verein ATUS Wilhelmsburg in der Höhe von € 200,00 für den Ankauf von 10 Stück Langhantelsets.

Diesem Antrag wird ebenfalls einstimmig zugestimmt.

18.) Ko;

Vergabe der Jahressubventionen für 2010 im Bereich Kultur.

Analog der Sportsubventionen werden unter dem Titel der Kultursubventionen für das Jahr 2010 € 7.000,00 einstimmig wie folgt vergeben:

Stadtkapelle Wilhelmsburg	€ 1.500,00
Fotoklub Laufen Whbg.	€ 1.000,00
Wilhelmsburger Salonorchester	€ 500,00
Bäuerinnenchor Wilhelmsburg	€ 270,00
Musikwerkstätte Whbg.	€ 100,00
LPH-Seniorenbetreuung	€ 1.000,00
Landjugend Wilhelmsburg	€ 540,00
Perchtengilde	€ 600,00
Järgilde Wilhelmsburg	€ 600,00
Showtime Company	€ 300,00
Kunst & Kultur Whbg.	€ 590,00
	<b>€ 7.000,00</b>

Abschließend verweist der Referent auf die beabsichtigte Neuregelung für Subventionsvergaben in den Bereichen Sport und Kultur ab dem Jahre 2011.

### **Berichterstatter und Antragsteller STR Christine Choholka**

19.) Bau;

Wohnungswesen – der Gemeinderat stimmt nachfolgender Wohnungsvergabe einstimmig zu:

- Lilienfelder Straße 41/2/3, Delorenzo Kristin (früher Vucenovic) ab 01.11.2010

20.) Se;

Gewährung eines einmaligen Heizkostenzuschusses für die Heizperiode 2010/2011.

Frau STR Christine Choholka beantragt die Zustimmung zur Gewährung eines einmaligen Heizkostenzuschusses für die anstehende Heizperiode in Höhe von € 100,00 für berechnete Förderungswerber.

Die Ausgabe ist im VA (anteilig 2010 und 2011) vorgesehen.

Der Gemeinderat stimmt der Gewährung eines Heizkostenzuschusses für die Heizperiode 2010/2011 einstimmig zu.

21.) Bau;

Wohnungswesen - Begründung von Wohnungseigentum - dem beabsichtigten Verkauf der Wohnung Conrad-Lester-Hof 2/17 an Frau Waltraud Köberl wird mehrheitlich zugestimmt.

Der Kaufvertrag, erstellt von Herrn Notar Mag. Ferdinand Krug, Wilhelmsburg, Obere Hauptstraße 12, liegt dem Gemeinderat zum Zeitpunkt seiner Entscheidung im Originalwortlaut vor.

Wortmeldung:

Herr STR Walter Schmid stellt die Anfrage hinsichtlich der Aktualität der für den Verkauf maßgebenden Bewertung der Wohnungseinheiten Conrad-Lester-Hof. Frau STR Christine Choholka erklärt hierzu, dass eine Neubewertung mit hohem Finanzaufwand verbunden sei.

Abstimmung: alle Mandatare von SPÖ, ÖVP und FPÖ stimmen der Begründung von Wohnungseigentum zu, Herr GR Samir Kesetovic - Die Grünen enthält sich der Stimmabgabe.

### **Berichterstatter und Antragsteller STR Walter Schmid**

22.) Se;

Änderung der bestehenden Friedhofsgebührenordnung – Herr STR Walter Schmid beantragt unter Hinweis auf die ausführlichen Beratungen im zuständigen Ausschuss für Abwasserbeseitigung, Denkmalpflege und Friedhof die Abänderung der bestehenden Friedhofsgebührenordnung. Hierbei sollen die Grabstellen- und Verlängerungsgebühren um 20 %, die Beerdigungsgebühren sowie die Leichenhallenbenützungsgebühr um ca. 30 % angehoben werden. Die Erhöhung der Friedhofsgebühren soll auch zur Finanzierung eines zusätzlichen Bediensteten - Vorschlag Beschäftigungsausmaß 50 % Friedhof, 50 % Bauhof - Verwendung finden.

Wortmeldung:

Zur beabsichtigten Gebührenerhöhung verweist Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka auf den letzten Gebarungseinschaubericht, wonach seitens der Aufsichtsbehörde die Stadtgemeinde zur Überarbeitung der Friedhofsgebührenordnung aufgefordert wurde.

Abstimmung: alle Mandatare von SPÖ und ÖVP sprechen sich für die dem Gemeinderat im Originalwortlaut vorliegende Abänderung der Friedhofsgebührenordnung (Beilage 16) aus, FPÖ und Herr GR Samir Kesetovic - Die Grünen stimmen gegen die Abänderung der bestehenden Friedhofsgebührenordnung; diese gilt als mit Mehrheit beschlossen.

Die Rechtswirksamkeit der Abänderung der Friedhofsgebührenordnung erfolgt mit dem Monatsersten, der dem Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungfrist folgt.

23.) PZ.: 1933/3289/2009/2129/2010/Se;

Ortsbildpflege - Ansuchen um Förderung von Investitionskosten für die Fassadeninstandsetzung für folgende Liegenschaften unter dem Titel „Ortsbildpflege“:

- Fam. Karl Herzog, Untere Hauptstraße 9 - € 2.240,00
- Norbert Damböck, Fleschplatz 1 - € 1.190,00  
Hinweis: Herr STR Norbert Damböck erklärt sich vor Behandlung seines Antrages als befangen und nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil.
- Hausgemeinschaft Wadura, Färbergasse 7 - € 360,00

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Vergabe der beantragten Fördermittel aus, die Förderungen entsprechen einem Fördersatz von annähernd 13% der getätigten Investitionskosten.

## **Berichterstatter und Antragsteller GR Samir Kesetovic**

24.) Dringlichkeitsantrag;

Soziale Ungerechtigkeit in der neuen Müllgebührenerstellung – Beschlussfassung einer Resolution der Stadtgemeinde Wilhelmsburg, wonach diese den Gemeindeverband für Umweltschutz und Abgabeneinhebung im Bezirk St. Pölten auffordert, die Rücknahme der Müllgebührenerstellung zu beschließen und eine sozial verträgliche Lösung für die sozial schwächeren BürgerInnen in die Wege zu leiten. Der Dringlichkeitsantrag wurde bereits zu Sitzungsbeginn von Herrn GR Samir Kesetovic vollinhaltlich verlesen.

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka erläutert zur bestehenden Thematik, dass die Umstellung des Müllsammelsystems von Säcken auf Tonnen und die damit verbundene Preissteigerung für die Müllentsorgung seitens der Bevölkerung zu berechtigtem Unmut geführt habe. Der Beschlussfassung einer Resolution misst der Bürgermeister wenig Erfolg bei, er stellt den Antrag die Thematik einer geordneten und kosteneffizienten Müllentsorgung einem Arbeitskreis unter Vorsitz des Umweltgemeinderates zuzuweisen.

Diesem Antrag stimmen alle Mandatare von SPÖ und ÖVP zu, eine Resolution gilt damit als abgelehnt. Herr GR Samir Kesetovic – Die Grünen und die FPÖ-Mandatare stimmen der Bildung einer Arbeitsgruppe zu, beharren jedoch zusätzlich auf der Beschlussfassung einer Resolution. Dieser Antrag erfährt nur die Zustimmung von FPÖ und Die Grünen, SPÖ und ÖVP stimmen gegen die Abfassung einer Resolution.

Die beschlossene Arbeitsgruppe soll ehest unter dem Vorsitz von Umweltgemeinderat Thomas Fischer, je einem Parteienvertreter und den Verwaltungsbediensteten StADir. Reinhard Kotheck und Thorsten Sassmann einberufen werden.

Schriftführer:

Bürgermeister:

Für den SPÖ-Klub:

Für den ÖVP-Klub:

Für den FPÖ-Klub:

Die Grünen:

Kopien an:

1. SPÖ-Klub
2. ÖVP-Klub
3. FPÖ-Klub
4. Die Grünen
5. Stadtamt – Verwaltung (Rundlauf)
6. Versorgungsbetrieb